

## **Aufruf des Kollektivs „Feministischer Lookdown“**

### **1. Care-Notstand war schon vor der Corona-Krise**

Wären das Gesundheitswesen und die Langzeitpflege in den letzten 20 Jahren nicht durch neoliberale Restrukturierungsprogramme systematisch kaputtgespart worden, wären harte Massnahmen wie Lockdowns nicht notwendig gewesen. Es ist inakzeptabel, dass die Bevölkerung den Preis für eine fehlgeschlagene Gesundheitspolitik zahlen muss.

Wenn es dem Staat wirklich um unsere Gesundheit zu tun ist, muss er in erster Linie eines tun: massiv in den Gesundheitssektor investieren.

Wir fordern deshalb:

- eine Verdoppelung der Ausgaben für Personalkosten im gesamten Gesundheitswesen (Akutspitäler, ambulante Pflege, Langzeiteinrichtungen), damit Pflegende und Ärzt\*innen wieder so arbeiten können, wie *sie* es für richtig halten – und nicht wie das Gesundheitsmanagement es ihnen aus Kostengründen vorschreibt. Nur mit einer Verdoppelung des Personals in den Langzeitheimen könnten bspw. die Schutzmassnahmen wirksam umgesetzt werden.
- 60% Arbeit bei 100% Lohn für alle im Gesundheitssektor Tätigen (inkl. Reinigungskräfte etc.). Damit werden ausreichende Erholungsphasen für das Personal und eine Lohnerhöhung erreicht. Die Verdoppelung der Personalkosten und die Reduktion der Pensen bei gleichbleibendem Lohn, wären der beste Schutz für die Gesamtbevölkerung und würden einen Grossteil der Covid19-Todesfälle verhindern.
- einen Ausbildungsschub: bessere Bedingungen für die Auszubildenden, genügend Personal für die Anleitung von Lernenden und den Ausbau von Ausbildungsplätzen.

### **2. Lockdowns führen weltweit zu viel mehr Toten als geretteten Leben**

Lockdowns verstärken die existierenden sozialen Ungleichheiten. Im letzten Jahr ist die Zahl der in Armut gedrängten Menschen massiv gestiegen. Es handelt sich insbesondere um Personen, die bereits zuvor unter prekärsten Bedingungen arbeiteten und deren Kinder an vielfältigen Mängeln leiden.

Wir fordern eine Erhebung von Daten zu den Folgeschäden der Lockdowns sowie eine regelmässige Berichterstattung darüber:

- international<sup>1</sup>
- und in den Ländern des Nordens.

### **3. Die Pluralität der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Covid-19 fehlt in den Taskforces**

Wir lehnen die autokratische Herrschaft von Taskforces ab, die andersdenkende Wissenschaftler\*innen und andere Disziplinen als die Naturwissenschaften aus ihrer angeblich wissenschaftlichen Politikberatung ausschließen.

Wir fordern eine tatsächliche Wissenschaftlichkeit, die nur existiert, wenn die Pluralität wissenschaftlicher Erkenntnisse in ihrer ganzen Breite diskutiert wird. Dazu gehören insbesondere auch der Einbezug der Erkenntnisse der Feministischen Wissenschaftskritik und der Feministischen Ökonomie.

---

<sup>1</sup> Vgl. z.B. <https://www.bbc.com/news/world-asia-56425115>;  
<https://www.alliance2015.org/multi-country-research-on-covid-19/>

## Input: Freie Linke

- Es geht nicht um die „Frauenfrage“. Feministische Theorie stellt eine Weltsicht für die ganze Welt und nicht nur für Frauen bereit. Darin ergibt die Verknüpfung von Kapitalismus und patriarchaler Herrschaft ein Bild der gesamten Welt und damit die Einsicht, von wo aus wir kämpfen müssen.  
Unsere These: Wenn wir nicht die Reproduktion ins Zentrum unseres Weltverständnisses und des Verständnisses des Kapitalismus setzen, verstehen wir nicht, was heute geschieht.
- In diesem Sinn ist der Fokus unseres Kollektivs nicht, nach den Auswirkungen der Corona-Krise auf Frauen zu fragen. Natürlich tragen Frauen die Hauptlast der Krise. Aber wir haben es satt, zu beklagen, dass wir Frauen die Krise ausbaden müssen. Wir wollen definieren, was diese Krise ist!
- Die Lockdown-Politik ist ganz generell ein Angriff auf die weltweite feministische Streikbewegung, die immer stärker geworden ist. Sie war bis vor der Krise die weltweit stärkste und präsenteste soziale Bewegung: Und sie setzte die Reproduktions-Krise ins Zentrum ihrer politischen Agitation und trug sie auf die Strasse.
- Die offizielle Definition dieser Krise ersetzt den von der feministischen Streikbewegung mit viel Erfolg skandalisierten Care-Notstand durch ein Virus. Daher nannten wir unseren ersten Aufruf „Care-Notstand oder Corona-Krise?“ Denn der Care-Notstand existierte lange vor Corona!
- Es geht von einem linken Standpunkt aus darum, den Care-Notstand als *die* eigentliche Ursache der Misere in die öffentliche Debatte zurückzuholen.
- Die Corona-Politik ist der Versuch, die Expansion des Care-Sektors zu stoppen, und die arbeitsintensive Arbeit im Care-Bereich durch eine technologische Lösung (Impfung, Online-Gesellschaft etc.) zu ersetzen.
- Die Bevölkerung bezahlt den Preis für eine jahrzehntelange, verfehlte neoliberale Sparpolitik im Gesundheitswesen: Wäre der Care-Sektor nicht kaputtgespart worden, wären die meisten Massnahmen, aber ganz bestimmt der Lockdown, nie nötig gewesen.

### **Daraus folgern wir:**

- Kapitalismus ist nicht oder nicht länger primär ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sondern ein Kampf zwischen Produktion und Reproduktion.
- Der Staat vermittelt den Widerspruch zwischen Produktion und sozialer Reproduktion (in Form einer mehr oder weniger gelingenden Sozialpolitik). In dieser Vermittlungsrolle ist er heute an seine Grenzen gekommen. Diese Grenze zeichnet sich seit den 1970er Jahren ab, als der Kapitalismus versucht hat, diesen Widerspruch mit einer „Arbeitsmarktintegration“ der Frauen und der teilweisen Kommodifizierung der Care-Arbeit zu lösen. Das funktioniert nicht und kann nicht funktionieren. Die Krise des Fordismus spitzt sich heute unter postfordistischen Verhältnissen zu. Das neue Arrangement konnte das Problem nicht lösen, sondern verschärft es weiter.
- Federici: Neoliberalismus ist in erster Linie eine Restrukturierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft. In ihrem Effekt ist diese Restrukturierung eine primitive Akkumulation im Bereich der sozialen Reproduktion: eine neue Landnahme. Die staatliche Lockdown-Politik versucht, die so entstehenden Krisen zu „lösen“. Natürlich ist die Wirkung im Gegenteil eine weitere Verschärfung. Aber mit dem Narrativ „ganz gefährliches Virus“ gelingt es weitgehend, dies zu überdecken.
- Die Linke muss diesen Zusammenhang verstehen, sonst wird sie nichts erreichen.